

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/5a

14. März 1977

Unüberwindliche Gegensätze

CDU-Deutschlandpolitik: Kein Grund zur Selbstzufriedenheit

Von Dietrich Stobbe
Berliner Senator für Bundesangelegenheiten

Seite 1 und 2 / 45 Zeilen

Mehr Zusammenarbeit in der europäischen Sozialpolitik

Eine Serie von internationalen Konferenzen steht bevor

Von Peter Böhner MdB
Mitglied des Sportausschusses des Bundestages und der
Parlamentarischen Versammlung des Europarates

Seite 3 und 4 / 71 Zeilen

Hahns Umgang mit Steuergeldern

Statt in die Staatskasse wanderten Gelder in die Tasche
von Klinikärzten

Seite 5 / 29 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Hausstraße 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 182 408
Presserhaus, Zimmer 217-224
Telefon: 21 80 38.39
Telex: 08 58 846-d8 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376611
5300 Bonn-Bad Godesberg

Unüberwindliche Gegensätze

CDU-Deutschlandpolitik: Kein Grund zur Selbstzufriedenheit

Von Dietrich Stobbe

Berliner Senator für Bundesangelegenheiten

Die deutschlandpolitischen Signale, die die CDU auf ihrem Düsseldorf-
far Bundesparteitag in der vergangenen Woche setzen wollte, sind einmal
mehr ausgeblieben. Zwar gab die Union zu erkennen, daß sie den "Blick zu-
rück ohne Zorn" wagen will, nach wie vor fehlt ihr aber die Gabe, den
Blick auch nach vorn zu richten. Der Bundesregierung bietet sich jetzt
die Chance, in den bevorstehenden Monaten wieder deutlich zu machen, daß
der Berlin- und Deutschlandpolitik der sozialliberalen Koalition eine rea-
listische Alternative der Bonner Opposition nicht gegenübersteht.

An dieser Feststellung ändert auch nichts die Tatsache, daß die CDU-
Delegierten in der Düsseldorfer Stadthalle den für ihre Verhältnisse gere-
dezu ketzerischen deutschlandpolitischen Thesen des Genfer Politikwissen-
schaftlers Gasteyger gelauscht haben. Diese Art von Imagepflege entlarvt
sich spätestens dann, wenn in der anschließenden Debatte wieder die alten
Ladenhüter feilgeboten werden.

Die CDU hat sich nach wie vor nicht damit abgefunden, daß die bestehen-
den Machtverhältnisse den Spielraum der innerdeutschen Politik stark ein-
engen. Sie bleibt uneinsichtig, wenn sie glaubt, daß die in eine Resolu-
tionsform zusammengefaßte Berufung auf Vertriebenengesetz, Menschenrechts-
konvention, Karlsruher Urteil und CDU-Wahlplattform bereits eine ausrei-
chende Grundlage darstelle, von der aus sich erfolgreich politische Opera-
tionen vollziehen lassen, die den Deutschen diesseits und jenseits Vor-
teile brächten.

Resolutionen mit großen Mehrheiten zu verabschieden ist einfach, sie
gegen den Willen des politischen Partners durchzusetzen, ist unmöglich.

"Die Verkleisterung von Gegensätzen kann auf Dauer kein Konzept ersetzen, mit dem sich die CDU als glaubwürdige Alternative präsentieren will." Diesen Parteitagskommentar sollte man im Bonner Adenauerhaus bei passender Gelegenheit noch einmal hervorziehen, wenn die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ihre kontroversen deutschlandpolitischen Absichten auf einen Nenner zu bringen versucht.

Die in Düsseldorf erneut demonstrierte deutschlandpolitische Sterilität der Opposition sollte der sozialliberalen Bundesregierung kein Ansporn sein, die Hände selbstzufrieden in den Schoß zu legen. Im Gegenteil. Die CDU hat der Bundesregierung eine neue Chance eröffnet zu verdeutlichen, wie unüberwindbar die Gegensätze in der Opposition sind - bei gleichzeitiger programmatischer Kargheit.

Die innerdeutsche Politik braucht permanent Anstöße, gerade dann, wenn Ost-Berlin sich zu sperren versucht, wenn es Erreichtes zurückschrauben will. Stagnation schafft Mißtrauen und läßt die Falken Morgenluft wittern.

Es ist an der Zeit, daß das, was zwischen Bonn und Ost-Berlin an gemeinsamen Interessen vorhanden ist, sorgsam geprüft und in das politische Gespräch eingeführt wird. Es gibt genügend Bereiche, die für uns von Interesse sind und die auch der DDR wichtig genug sind, das Gespräch zu suchen.

(-/14.3.1977/va/la)

+ + +

Mehr Zusammenarbeit in der europäischen Sportpolitik

Eine Serie von internationalen Konferenzen steht bevor

Von Peter Büchner MdB

Mitglied des Sportausschusses des Bundestages und der
Parlamentarischen Versammlung des Europarates

Im Jahre nach den XXI. Olympischen Sommerspielen in Montreal und den XI. Olympischen Winterspielen 1976 in Innsbruck sowie drei Jahre vor den in der olympischen Geschichte als epochal einzuordnenden XXII. Sommerspielen in Moskau und der estnischen Hauptstadt Tallinn erhält auch die internationale Sportpolitik neue Dimensionen.

Hatte für viele der sportpolitische Teil der 19. Generalkonferenz der UNESCO (Oktober/November 1976) in Nairobi fast schon "revolutionären Charakter", was allerdings weder den Beratungsergebnissen noch den unterschiedlichen Interessen der Vertreter von rund 140 Mitgliedsländern entspricht, so wurden mit der Anfang Februar dieses Jahres in Straßburg stattgefundenen Beratung der "europäischen Sportminister" eine Serie wichtiger Konferenzen begonnen, die für die friedliche und demokratische Weiterentwicklung des Weltsports von großer Bedeutung sind.

Besonders die Absprachen der Europäischen Sportministerkonferenz lassen erkennen, daß der fachlich-organisatorische Freiheitsraum der Sportverbände nicht eingeschränkt, sondern durch positive politische Maßnahmen stabilisiert werden soll. Andererseits erfordert die sozialdemokratische Sportpolitik, daß die Parlamente und Regierungen ihre aus dem Generalauftrag demokratischer Willensbildung abgeleiteten Aufgaben und Zuständigkeiten auch in der Sportpolitik erfüllen.

Dies entspricht durchaus einem aktiven und auf Gegenseitigkeit beruhenden partnerschaftlichen Verhältnis mit den Organisationen des Sports im Inland einerseits und in der internationalen Politik auf der anderen Seite.

Die europäischen Akzente, die seit einigen Jahren in verstärktem Maße sichtbar werden, sind von großer Wichtigkeit, weil vor allem die kommunistisch regierten Länder unter der Führung der UdSSR dem totalen "europäischen Individualismus" in der internationalen Sportdiplomatie immer häufiger spürbare Functniederlagen beibrachten.

Zudem bedürfen die speziellen Interessen der in der Entwicklung befindlichen Länder in Afrika, Asien und Lateinamerika einer sorgsam Be-

handlung. Dazu gehören beispielsweise die sportpolitischen Beschlüsse der Konferenz der blockfreien Länder vom August 1976 in Sri Lanka. ("Dazu gehört auch die Demokratisierung der internationalen Sportorganisationen und die Beseitigung der Apartheid, wobei das Ziel der Umgestaltung der Beziehungen auf dem Gebiet des Sports und die Verbreitung der Idee der Blockfreiheit unter den Völkern nicht aus den Augen verloren werden darf.")

Für die von gemeinsamen europäischen Interessen und Entwicklungen bestimmte Zusammenarbeit der Sportminister ist die vertrauensvolle Diskussion mit den internationalen Sportorganisationen unerlässlich. Dieses Erkenntnis wird in markanter Form durch das für den Herbst 1977 in Lissabon vorgesehene Treffen mit dem Präsidenten des Internationalen Olympischen Komitees, Lord Killanin, unterstrichen.

Besondere Aufmerksamkeit muß aus sportpolitischer Sicht auch der 79. Session des Internationalen Olympischen Komitees vom 10. bis 19. Juni in Prag, der III. Europäischen Sportkonferenz vom 10. bis 15. Mai in Kopenhagen sowie der KSZE-Nachfolgekonferenz im Juni dieses Jahres in Belgrad gewidmet werden. Hinzu kommen die Beratungen zur inhaltlichen Ausgestaltung der UNESCO-Beschlüsse von Nairobi 1976. Mit der Ausrichtung der IV. Europäischen Sportkonferenz 1979 und dem Olympischen Kongreß 1981 hat die Bundesrepublik Deutschland Gelegenheit, wertvolle Beiträge für die Stärkung und den Ausbau des freiheitlich-demokratischen Bewußtseins innerhalb der Weltsportorganisationen zu leisten und Wege zu neuen geistig-politischen Werten im internationalen Sport zu markieren.

Während in unseren parlamentarischen Vertretungen von Bund, Ländern und Gemeinden das dauerhafte Engagement für den Sport in den letzten Jahren gefestigt werden konnte, gibt es beispielsweise im Europarat auf diesem Gebiet noch einen erheblichen Nachholbedarf.

Auch mit Blickrichtung auf die 1978 erstmals stattfindenden Direktwahlen zum Europaparlament wird die SPD Initiativen einleiten, um der Sportpolitik im europäisch-parlamentarischen Rahmen zu einer wirkungsvollen Positionverbesserung zu verhelfen. Die sozialdemokratische Bundestagefraktion hat diese Absicht nachdrücklich in dem Arbeitsbericht "SPD-Sportpolitik '76" angekündigt: "Die SPD forciert das Zusammenwirken und die Intensivierung der gegenseitigen Informationen der westeuropäischen Parlamente und Regierungen sowie der Gremien der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien im Rahmen der Sozialistischen Internationale auf dem Gebiet der Sportpolitik. Die bereits eingeleitete verstärkte Zusammenarbeit der Sportminister im Bereich des Europarates ist ein nützliches Beispiel dafür".
(-/14.3.1977/va/30)

+ + +

Hahns Umgang mit Steuergeldern

Statt in die Staatskasse wanderten Gelder in die Tasche von Klinikärzten

Die Bezeichnung "skandalös" erscheint berechtigt, wenn man einen Vorgang genauer untersucht, der jetzt von der SPD-Fraktion im Stuttgarter Landtag entdeckt und parlamentarisch aufgegriffen worden ist.

Dabei geht es um einen unverantwortlich nachlässigen Umgang des baden-württembergischen CDU-Kultusministers Prof. Dr. Hahn mit Steuergeldern und um eine einseitige Begünstigung von Klinikärzten. Der Sachverhalt ist folgender: Nach der von der Landesregierung 1972 beschlossenen Landesnebenberufungsverordnung müssen die liquidationsberechtigten Ärzte an den Universitätskliniken des Landes pro Bett und Pflegetag zwischen zehn und 15 Prozent ihrer Einnahmen an das Land abführen. Nach Auskunft des Kultusministers im Landtag wird das sogenannte Bettengeld aber nach dem für 1972 gültigen Pflegegesetz von 113 DM und nicht nach dem derzeit geltenden Pflegegesetz von über 200 DM bemessen. Der Kultusminister wörtlich: "Das Bettengeld wird nach den genehmigten Richtlinien des Kultusministeriums eingezogen. Darin ist tatsächlich der Termin 1972 festgeschrieben. Das ist so festgelegt, und bisher auch nicht beanstandet worden".

Diesen Tatbestand der einseitigen Begünstigung bestimmter Gruppen und die angesichts leerer Haushaltskassen unverantwortlich nachlässige Haltung der Kultusbürokratie bei der Ausschöpfung von dem Land zustehenden Geldern, veranlaßte die Opposition in einem Antrag die Angleichung der Abführung des Bettengeldes an die jeweils gültigen Krankenheuspfelegesätze zu fordern.

Nach Schätzungen der SPD-Fraktion entgehen der Staatskasse durch diese vom Minister in Kauf genommenen Veräumnisse Beträge in Millionenhöhe. Bereits in der letzten Legislaturperiode mußte sich CDU-Kultusminister Professor Dr. Hahn von einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß bescheinigen lassen, daß seine Behörde nicht sorgsam genug den Umgang mit Steuergeldern an den Universitäten des Landes überwacht.

Jörg Huber
(-/14.3.1977/va/10)